Heute vor 74 Jahren strahlte das japanische Radio eine mündliche Ansprache des Kaisers Hirohito an das japanische Volk aus, in der er erklärte, dass Japan die Kapitulationsbedingungen der Alliierten annimmt. Dies markierte de facto das Ende des Zweiten Weltkriegs und damit auch die 36 Jahre Fremdherrschaft, die Japan über seine Kolonie Korea ausübte. **Rainer Werning** erinnert für die NachDenkSeiten an Japans Traum von einer „größeren gemeinsamen ostasiatischen Wohlstandssphäre“ und zieht dabei auch Parallelen zu den aktuellen Handelskonflikten zwischen Seoul und Tokio.

Vorbemerkung

Selten war das politisch-diplomatische Verhältnis zwischen Tokio und Seoul dermaßen zerrüttet, wie das seit dem Herbst 2018 der Fall ist. In diesen Tagen, da sich auch die Kapitulation Japans am 15. August zum 74. Male jährt, echauffieren sich japanische Politiker, Geschäftsleute und Diplomaten über ihre südkoreanischen Kolleg/innen, während in Seoul und anderen Großstädten der Republik Korea (ROK – Südkorea) offen „Boycott Japan“ skandiert und sogar zum Boykott der Olympischen Spiele im Sommer 2020 in Tokio aufgerufen wird.

Kernpunkt des aktuellen Konflikts zwischen den Protagonisten ist und bleibt der Umgang mit und die Deutung von Vergangenem – einer Vergangenheit, die partout nicht vergehen will. Die 36-jährige Kolonialherrschaft, da der japanische Militarismus selbst die feinsten kapillarischen Verästelungen von Koreas Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und seinem Kunstschaffen durchdrang, hat tiefe Spuren hinterlassen. Ein Vermächtnis, das gleichermaßen die ost- und südostasiatischen Anrainer wie die VR China, Vietnam, Myanmar sowie Indonesien und die Philippinen teilen. Die Demütigungen und Wunden, die Millionen von Menschen in Ost-, Südost- und Südasien sowie im Pazifik unter der Knute des japanischen Imperialismus erdulden mussten und ihnen zugefügt wurden, sind noch im Gedächtnis präsent beziehungsweise längst nicht vernarbt.

Nachdem bereits vor über drei Dekaden eine Revisionismus-Debatte in Japan über die dort an Schulen eingesetzten Geschichtsbücher entfacht war und ultrareaktionäre politische Kräfte am liebsten sofort den Artikel 9 der japanischen Nachkriegsverfassung mit seinem ausdrücklichen Friedensgebot ersatzlos gestrichen sähen, werden heute namhafte japanische Großkonzerne mit Klageschriften aus Seoul konfrontiert, die eine Entschädigung der von diesen Firmen einst zwangsrekrutierten koreanischen Arbeiter/innen vorsehen. Ganz zu schweigen vom Los der euphemistisch sogenannten „Trostfrauen“ – Mädchen und

Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Soldateska zwangsrekrutiert und in Militärbordellen zur Prostitution genötigt wurden. Da hoffen bislang die verantwortlichen Behörden in Japan – leider wohl nicht ohne Grund – dass sich dieses „Problem“ biologisch löst.

> „Zunächst mussten wir alle zum Seouler Bahnhof kommen, wo man uns medizinisch untersuchte, ob wir auch in körperlich guter Verfassung waren. Mit dem Zug ging es dann nach Pusan, von dort aus mit dem Schiff weiter nach Shimonoseki, dann wieder mit der Bahn weiter. Die ganze Zeit wurden wir von Wärtern bewacht, vor denen ich furchtbare Angst hatte. In der Kawasaki-Stahlhütte musste ich als Kranführer arbeiten – 12 Stunden pro Tag, an Wochenenden auch schon mal bis zu 18 Stunden, inklusive einer Nachtschicht. Zu essen bekamen wir Reis, Weizen und Gerste, die in großen Töpfen mit Schaufeln zusammengerührt wurden. Als Suppe gab es aufgekochtes Salzwasser. Man hatte uns einen Lohn versprochen – immerhin 80 Yen im Monat. Doch davon zog man uns für Kleidung und Zwangsabgaben für die nationale Verteidigung und Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit so viel ab, dass am Ende des Monats höchstens 25, meistens aber gerade mal zehn Yen übrigblieben.“
>
> Kim Geung-Sok, ehemaliger koreanischer Zwangsarbeiter, der 1942 nach Japan verschleppt worden war und dort in der Kawasaki-Stahlhütte im Besitz der NKK Corporation arbeiten musste.

Nach seinen beiden siegreichen Kriegen gegen China (1894/95) und Russland (1904/05) war Japan in der Region zur Großmacht aufgestiegen, die sich anschickte, ihren Einfluss auch politisch und wirtschaftlich auszuweiten. Bereits 1905 zum japanischen Protektorat erklärt, musste Korea seine diplomatischen Rechte an den übermächtigen Nachbar abtreten und der Stationierung eines japanischen Generalgouverneurs in Seoul zustimmen. König Kojong hatte zugunsten seines Sohnes abzudanken. Der Annexionsvertrag wurde am 22. August 1910 unterzeichnet, aber erst eine Woche später bekanntgegeben. Japanische Militärs regierten fortan Korea, während das japanische Big Business die Halbinsel tributartig schröpfte. Das Gros deren Erlöse aus Handel, Bergbau und Landwirtschaft wurde ins „Mutterland“ Japan transferiert.

Reiskammer und Reservoir billiger Arbeitskräfte

Als erste wirtschaftliche Maßnahme führte die neue Kolonialmacht von 1910 bis 1918 ein die gesamte Halbinsel umfassendes Landvermessungsprogramm durch, um einen Überblick über die Eigentumsverhältnisse zu gewinnen. Die überwiegend ländliche Bevölkerung des zu der Zeit noch geeinten Korea (80 Prozent waren Bauern) musste innerhalb einer festgesetzten Frist die Lage und Größe von Landparzellen den Kolonialbeamten melden, damit diese sich ein genaues Bild über die Beschaffenheit des Grund und Bodens machen konnten. Die meisten Bauern verstanden diese Aufforderung der Kolonialbehörden nicht, da sie weder lesen noch schreiben konnten. Verpassten sie den fristgemäßen Meldetermin, was die Regel war, verloren sie ihren Status als Pächter oder das Land, von dem ihre Familien seit Generationen gelebt hatten. Hauptprofiteur der Landregistrierung und fortan mit Abstand größter Landbesitzer in Korea wurde die 1908 gegründete Toyo Takushoku Co. Ltd., deren Hauptaktionäre der japanische Kaiser (Tenno) und enge Verwandte des Throns waren. Mit einer eigens erhobenen Bodensteuer wurde das Generalgouvernement finanziell in die Lage versetzt, außerdem Grundstücke billig an die eigenen Landsleute zu veräußern.

Eine Zeitlang konnte auf den Feldern nur Reis angepflanzt werden, bis die Kolonialadministration in den 1920er Jahren anordnete, im Rahmen ihres Plans zur Erhöhung der Reisproduktion den Großteil der koreanischen Reisernten zur Versorgung der eigenen Bevölkerung nach Japan zu verschiffen. Versorgungsengpässe in Korea, wachsende Armut und Hungersnöte veranlassten daraufhin zahlreiche koreanische Bauern, in Japan oder im Nordosten Chinas, in der Mandschurei, Arbeit zu suchen. Korea sollte als Nahrungsmittellieferant die japanische Landwirtschaft weitgehend ersetzen, die in Folge der forcierten kapitalistischen Entwicklung Japans zunehmend an Bedeutung verlor. Außerdem wurde das verbliebene Arbeitskräftereservoir Koreas systematisch, häufig mit Zwangsmaßnahmen, für den Eisenbahnbau, die Arbeit im Bergbau, den Straßen- und Hafenbau mobilisiert, um eine aus kolonialer Sicht effiziente Infrastruktur aufzubauen. Gleichzeitig blockierte die Besatzungsmacht Bestrebungen, dass sich eine eigenständige koreanische Industrie entwickelte.

Fanal des Widerstandes – die Erste-März-Bewegung 1919

> „Am 1. März 1919 hatten sich namhafte Persönlichkeiten Koreas in Seouls Pagoden-Park zusammengefunden und die Unabhängigkeitserklärung ihres Landes verlesen. Die Bewegung für Unabhängigkeit erfasste bald sämtliche Winkel auf der koreanischen Halbinsel. Landesweit wurden

> offiziell 1.491 Großdemonstrationen in 217 Städten registriert, an denen sich innerhalb der ersten drei Monate nach Verkündigung der Unabhängigkeit an die zwei Millionen Menschen beteiligten, etwa zehn Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung Koreas. Die japanischen Besatzungstruppen benötigten ein Jahr, um die Unabhängigkeitsbewegung zu unterdrücken und das Land wieder zu ‚befrieden’.“
>
> Center for Research and Documentation on Japan’s War Responsibility (JWRC) in Shinjuku-ku, Tokyo. Das JWRC erforscht die Geschichte des japanischen Militarismus, veröffentlicht Analysen zum Thema, berichtet über Klagen von Opfern vor japanischen Gerichten und unterhält eine Dauerausstellung über Japans Ost- und Südostasien-Politik während des Zweiten Weltkrieges.

In Korea sowie in China, wohin zahlreiche Koreaner geflohen waren und später in Schanghai eine provisorische Exilregierung bildeten, regte sich Opposition. Ermutigt durch die „14-Punkte-Erklärung“ des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, welche die nationale Selbstbestimmung der Völker forderte, übergaben am 1. März 1919 koreanische Patrioten der japanischen Regierung eine von 33 Honoratioren unterzeichnete Unabhängigkeitserklärung. Sie verlangten die Wiederherstellung der koreanischen Souveränität. Begleitet wurde diese diplomatisch-politische Offensive von Straßenprotesten für die nationale Unabhängigkeit anlässlich des Todes von König Kojong, der auf mysteriöse Weise verstorben war. Fast ein Jahr lang befand sich das Land in Aufruhr. In sämtlichen größeren Städten beteiligten sich Studenten, Arbeiter, Bauern und Kaufleute an Streiks und Massendemonstrationen. Die japanischen Behörden schritten brutal ein, um die Forderung nach Wiederherstellung der koreanischen Souveränität zu ersticken und die Bevölkerung zu demütigen. Nach offiziellen japanischen Statistiken wurden bei der Niederschlagung der Bewegung 7.500 Menschen getötet, 16.000 verletzt und 46.000 Personen ins Gefängnis geworfen.

Das Jahr 1919 bedeutete eine Zäsur: Tokio musste einsehen, dass sich seine Kolonie durch brutale Gewalt allein nicht dauerhaft beherrschen ließ. So ersetzte man in der Folgezeit die Militärpolizei durch eine zivile – die Zahl der Polizisten wurde allerdings gleichzeitig verdreifacht – genehmigte sporadisch die Veröffentlichung koreanischer Zeitungen und hob das Versammlungsverbot partiell wieder auf. Entscheidend wurde die Suche nach internen Verbündeten. Grundbesitzer, Intellektuelle und andere gesellschaftlich einflussreiche Kräfte wurden umworben, um die Basis der Kolonialherrschaft zu festigen. Kollaborationswillige Koreaner aus diesen Schichten profitierten so materiell oder

von dem Privileg, ihre Söhne ins „Mutterland“ zu entsenden und sie dort an japanischen Eliteuniversitäten und Militärakademien ausbilden zu lassen.

Solche Kooptationsversuche galten indes nicht für die Masse der koreanischen Bevölkerung. Im Gegenteil; die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern, von denen viele gezwungen waren, auf „ihrem“ Land nunmehr als Tagelöhner oder Pächter zu arbeiten, verschärfte sich. Das Generalgouvernement setzte zwangsweise den Plan zur Erhöhung der Reisproduktion durch. Die zusätzlichen Erträge wurden durch höhere Pachtraten abgeschöpft und nach Japan transferiert. Damals betrug die Pacht mindestens 50 Prozent der Durchschnittsernte, hinzu kamen häufig zusätzliche Steuern. Waren die Pächter außerstande, ihre Abgaben pünktlich zu entrichten, wurden sie nach Japan verschleppt und dort gezwungen, in Kohlegruben, Eisenerzminen, Rüstungsfabriken sowie auf Werftanlagen, beim Straßenbau und Ausbau von Häfen für Hungerlöhne zu schuften. Ihr Entgelt betrug weniger als die Hälfte des ohnehin kargen Lohns der japanischen Arbeiter. Um dem Teufelskreis aus Verschuldung und Ausbeutung zu entkommen, zogen zahlreiche Bauern (1931 bereits über 150.000) als Bettler umher oder setzten sich scharenweise gen Norden in die Mandschurei ab. Allein dorthin soll in den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts etwa eine Million Menschen ausgewandert sein.

Die „Japanisierung“ des öffentlichen Lebens

> „Alles für den Kaiser – Komin-ka – war eine der weitreichenden Maßnahmen der japanischen Kolonialverwaltung in Korea, um die Koreaner und Koreanerinnen im Geiste des Tenno zu erziehen, sie in dessen gute, gehorsame und jederzeit aufopferungswillige Untertanen zu verwandeln, die auch Seite an Seite mit den japanischen Invasionstruppen während der Eroberungsfeldzüge in China, Südostasien und im Pazifik eingesetzt wurden. Komin-ka bedeutete auch, den Stolz des koreanischen Volkes zu brechen und deren Kultur und Traditionen auszumerzen. In Japan war eigens eine Organisation namens Kyowa-kai ins Leben gerufen worden, die strikt darüber wachte, dass die Koreaner im Lande auch tatsächlich ihre Identität preisgaben und sich der Zwangsassimilierung fügten. Im öffentlichen Leben spielten Koreaner keine Rolle. Sie galten als Bürger zweiter Klasse, auf die man verächtlich herabblickte. Mehr noch: In Katastrophenfällen, wie beispielsweise bei dem großen Erdbeben in und um Tokio im Jahre 1923, galten sofort die Koreaner als Sündenböcke, die kollektiv bestraft wurden. Unter dem Vorwand, sie hätten sich landesweit

> zum Aufstand gerüstet, schürten die japanischen Behörden Hass und Zwietracht. Was dazu führte, dass neben Militäreinheiten selbst Katastrophenschutzverbände, unterstützt von aufgebrachten Bürgerwehren, Hatz auf Koreaner machten. Mindestens 6.000, möglicherweise gar bis zu 10.000 von ihnen wurden so landesweit Opfer einer Lynchjustiz.“
> Nach Informationen des Center for Research and Documentation on Japan’s War Responsibility (JWRC), Tokyo

Die soziale Lage der Koreaner wurde ab 1937, als Japan seine Aggression gegen China ausweitete, noch härter und unerträglicher. Zahlreiche Menschen wurden im Zuge einer Generalmobilmachung zur Zwangsarbeit im Militär und in der Kriegsindustrie abkommandiert oder sie ließen sich aus purer Not beziehungsweise durch falsche Versprechungen dazu verleiten, Soldat zu werden. Häufig wurden gerade diese Soldaten als Aufseher an den zahlreichen Fronten in Südostasien und im Pazifik eingesetzt, wo sie zu Tätern wurden und Gefangene der japanischen Invasionstruppen grausam behandelten. Familien der koreanischen Ober- und Bildungsschicht hingegen, die offen mit der Besatzungsmacht paktiert oder deren Wirken stillschweigend geduldet hatten, empfanden es jetzt als Ehre, dass ihre an japanischen Militärakademien ausgebildeten Söhne nach Absolvierung des Studiums als Offiziere in japanischen Truppenverbänden in China und anderswo dienten.

> „Im April 1938 verkündete die japanische Regierung das Gesetz zur Allgemeinen Mobilmachung des Volkes für den vaterländischen Arbeitsdienst. In großem Stil wurden daraufhin Koreaner und Koreanerinnen dienstverpflichtet, um die japanische Kriegsmaschinerie aufrechtzuerhalten. Über 4,5 Millionen Koreaner wurden auf diese Weise im Lande selbst mobilisiert und über 1,5 Millionen von ihnen bis zum Kriegsende zur Arbeit nach Japan verschleppt. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944 zwangsrekrutierte die japanische Regierung auch Arbeitskräfte unabhängig von ihrem Alter. Jungen im Alter von 13 oder 14 Jahren, manchmal noch Jüngere, waren davon betroffen. 10.000 wurden als Kindersoldaten eingesetzt und 155.000 hatten als zivile Hilfskräfte im Militär zu dienen. Massenhaft wurden überdies Frauen als Frontprostituierte versklavt – unter dem Deckmantel der Jyoshi Teishintai (‚Einheiten der Frauen für die Selbstaufopferung’).“

> Nach Informationen des Center for Research and Documentation on Japan’s War Responsibility (JWRC), Tokyo

Im selben Jahr (1938) änderte die japanische Regierung auch das koreanische Bildungs- und Erziehungsgesetz, wonach der Koreanisch-Unterricht an den Schulen vom Lehrplan gestrichen wurde und die Schüler fortan gezwungen waren, stattdessen Japanisch zu lernen. Öffentliche Verlautbarungen mussten in Japanisch geschrieben sein, koreanische Geschichte durfte nicht mehr gelehrt werden. Von Kindesbeinen an wurde Koreaner/innen systematisch eingetrichtert, ihre Zukunft sei einzig und allein unter den Fittichen Japans möglich und garantiert. Koreanern war es auch untersagt, öffentlich ihre Sprache zu sprechen, und Zeitungen in Koreanisch, wie beispielsweise die beiden großen Tageszeitungen Dong-A Ilbo and Choson Ilbo, mussten 1940 ihr Erscheinen einstellen.

Noch demütigender war für die Koreaner/innen der Erlass aus Tokio, dass sie ihre Namen aufzugeben und sich japanische Namen zuzulegen hatten. (Der ursprünglich aus dem Norden Koreas stammende Sohn Kee-Chung, überragender Gewinner des Marathonlaufs bei den XI. Olympischen Sommerspielen der Nazis 1936 in Berlin, bestieg als „Japaner“ das Siegerpodest und ging als „Kitei Son“ in die olympischen Annalen ein.) Aus Protest gegen diese Politik der Besatzer verübten nicht wenige ältere Menschen Selbstmord, weil sie unter keinen Umständen ihre traditionsreichen Namen preisgeben wollten.

Versperrte Rückkehr in die Heimat

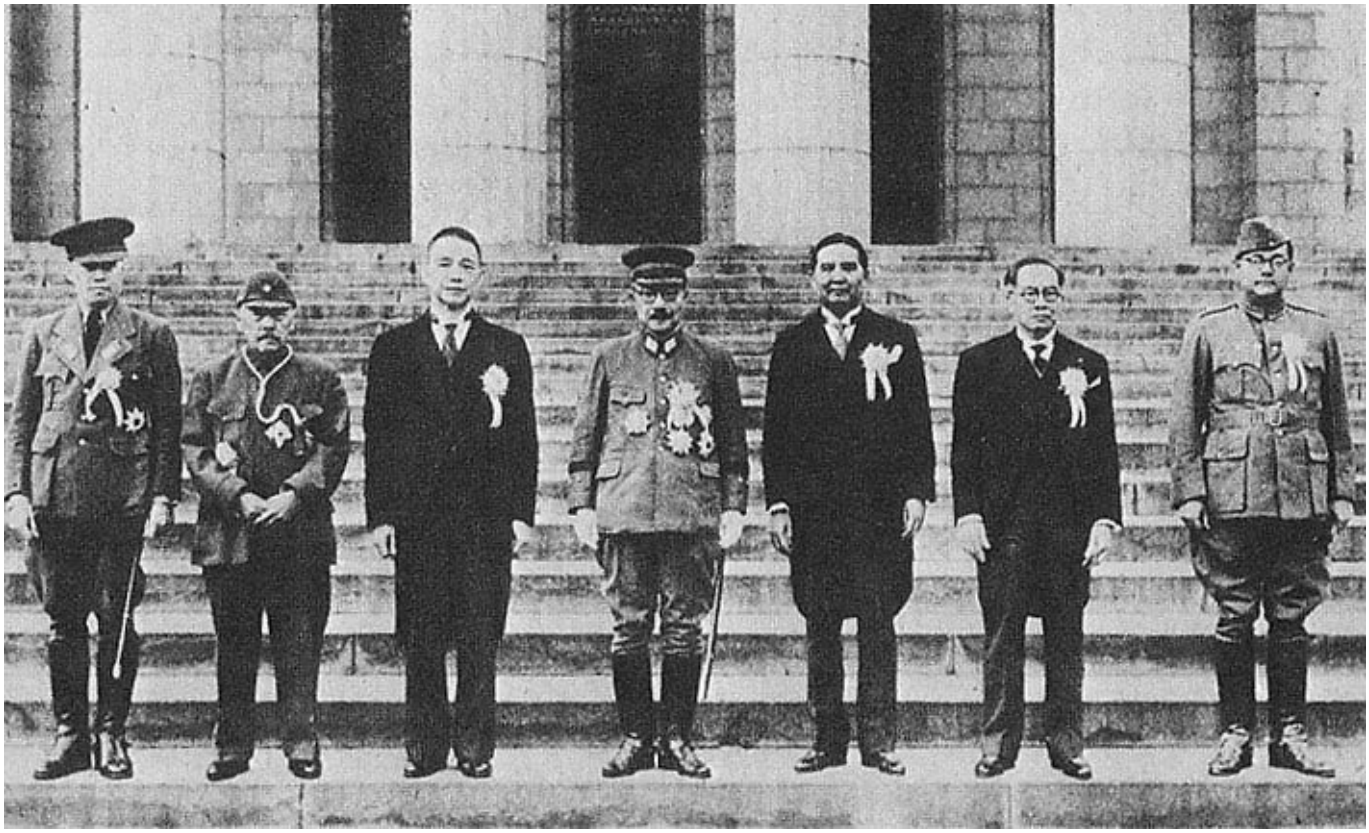
Der eingangs erwähnte Kim Geung-Sok war der erste (süd-)koreanische Zwangsarbeiter, der Ende September 1991 erstmals in Japan eine Schadensersatzklage gegen „seinen früheren Arbeitgeber“, die Kawasaki-Stahlhütte im Besitz der NKK Corporation, einreichte. Allerdings ohne Erfolg. Im Oktober 1942 war der damals 16-jährige Kim als „Ersatz“ für seinen älteren Bruder nach Japan verschleppt worden, weil dieser als einziger Verdiener in der Familie unabkömmlich war. Seine Erlebnisse schilderte Herr Kim seinen Anwälten:

> „Als im April 1943 koreanische Arbeiter gegen die schlechte Behandlung durch das japanische Wachpersonal demonstrierten und streikten, wurde ich als einer der Rädelsführer verdächtigt und brutal zusammengeschlagen. Dabei brach man mir mehrere Rippen und kugelte meinen rechten Arm aus. Da ich nicht mehr arbeitsfähig war, wurde ich

> schließlich im Februar 1944 nach Korea zurück verfrachtet. Das Leben blieb hart. Zwischenzeitlich war auch mein älterer Bruder in ein Kohlebergwerk in Yubari auf der nordjapanischen Insel Hokkaido verschleppt worden. Er starb kurz nach dem Krieg. Ich vermute, er liegt dort irgendwo begraben. Mein Vater ist längst tot und meine Mutter starb 1987 im Alter von 87 Jahren. Ihr letzter Wunsch war es, dass ich die Überreste meines älteren Bruders finde und sie in Südkorea bestatte. Ich muss diesen elterlichen Wunsch erfüllen. Ich muss die Seele meines Bruders, die in Japan umherirrt, finden und mit mir nach Hause nehmen.“

Etwa eine Viertelmillion zwangsrekrutierte koreanische Arbeiter und Soldaten kam bis zur Kapitulation Japans am 15. August 1945 ums Leben. Diese Zahl berücksichtigt nicht jene Koreanerinnen, die als Mädchen und Frauen in japanischen Militärbordellen in China, Südostasien und im Pazifik systematisch missbraucht worden waren und dort auch verstarben. Erst 1991 hatte eine Betroffene, die zwischenzeitlich verstorbene Kim Hak-Sun, durch ein öffentliches Bekenntnis diese infame Politik des japanischen Militärs bekanntgemacht. Die etwa 600.000 Koreaner und Koreanerinnen, die noch heute als „koreanische Gastarbeiter“ oder „koreanische Minderheit“ in Japan leben und dort nach wie vor unter Diskriminierung leiden, sind größtenteils Nachkommen zwangsverpflichteter Koreaner, die nach dem Krieg nicht nach Korea zurückgingen oder infolge des Koreakrieges (1950-53) nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Exkurs: „Blut-und-Boden-Ideologie“ auf Japanisch – Die „Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre“



Die sogenannte Greater East Asia Conference im November 1943 in Tokio mit den Teilnehmern von links nach rechts: Ba Maw (Staatsoberhaupt von Birma), Zhang Jinghui (Premierminister von Mandschukuo), Wang Jingwei (Präsident der Reorganisierten Nationalregierung der Republik China), Hideki Tojo (Premierminister des Kaiserreichs Japan), Prinz Wan Waithayakon (Gesandter des Konigreichs Thailand), José P. Laurel (Präsident der Zweiten Republik der Philippinen) sowie Subhas Chandra Bose (Staatsoberhaupt der Provisorischen Regierung des Freien Indien — Arzi Hukumat-e-Azad Hind)

Offiziell verkündete Außenminister Matsuoka Yōsuke am 1. August 1940 im Namen der Regierung anlässlich einer Pressekonferenz in Tokio das Projekt der Greater East Asia Co-Prosperity Sphere, der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre. Doch bereits einen Monat zuvor, am 29. Juni 1940, hatte Matsuokas Vorgänger, Außenminister Arita Hachirō, dieses gemeinsam mit dem Kaiserlich-Japanischen Generalstab des Heeres entworfene Projekt erstmalig während einer Rundfunkansprache skizziert, in der er die Position seiner Regierung im Kontext der damaligen internationalen Lage darlegte. Japans Außenpolitik, so der Haupttenor dieser Rede, ließe sich fortan von dem Gedanken leiten, „die Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre mit Japan, der Mandschurei und China als ihrem Kern zu errichten.“
„Die Welt“, so beginnt die japanische Regierungserklärung, „ist an einem

Wendepunkt angelangt, da neue Formen der Regierung, Wirtschaft und Kultur entstehen (…) Um in dieser Lage unsere nationale Politik in Übereinstimmung mit dem hehren Geist, in dem unser Land gegründet wurde, durchzusetzen, stellen wir uns der bedeutsamen Aufgabe und dringlichen Notwendigkeit, den unausweichlichen Entwicklungen der Weltgeschichte Rechnung zu tragen, zügig grundlegende Erneuerungen in allen Bereichen der Regierung einzuleiten und die Vervollkommnung einer Staatsstruktur anzustreben, die für die nationale Verteidigung entsprechend gewappnet ist“.

Als vorrangiges Ziel formulierte die Erklärung vom 1. August 1940 die Schaffung des Weltfriedens im Gründergeiste Japans. Als erster Schritt in diese Richtung „dient der Aufbau einer neuen Ordnung im Größeren Ostasien, dessen Fundament die Solidarität von Japan, Mandschukuo (dem von Tokio aus der Taufe gehobenen „Kaiserreich“ in der Mandschurei, das offiziell vom 1. März 1932 bis zum 18. August 1945 existierte, aber international von lediglich 23 Staaten anerkannt war – RW) und China ist.“ Die nationale Verteidigung und Außenpolitik Japans müssten so gestaltet werden, dass das Land den neuen nationalen und internationalen Herausforderungen – darunter „eine vollständige Beilegung der China-Angelegenheit“ – gemäß seiner Stärke vollauf gewachsen ist. Sämtliche internen Strukturen sollten soweit verändert und erneuert werden, dass sie sich „in Harmonie mit den fundamentalen Prinzipien der nationalen Politik befinden.” Landesweit galt es, solche ethischen Grundsätze zu verankern, „die den Dienst für den Staat über alles stellen und selbstsüchtige und materialistische Gedanken ausmerzen.“ Staat, Gesellschaft und das Kaiserhaus sollten im nationalen Interesse künftig enger zusammenarbeiten.

Weiter heißt es in dem Dokument vom 1. August 1940: „Der Aufbau der nationalen Verteidigungswirtschaft basiert auf der autonomen Entwicklung der Wirtschaften von Japan, Mandschukuo und China mit Japan als ihrem Zentrum.“ Anschließend ist in 11 Punkten skizziert, wie Japans Verteidigungswirtschaft am besten zu organisieren ist. Dazu zählten beispielsweise die Einführung einer staatlich geplanten und geregelten Wirtschaft, die enge Zusammenarbeit von Regierung und Bevölkerung sowie die Perfektionierung eines vereinheitlichten Kontrollsystems in den Bereichen Produktion, Verteilung und Konsum lebensnotwendiger Güter, um die Selbstversorgung des Landes zu garantieren. Das Finanzwesen sollte effektiver gestaltet und der Bankensektor unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Avisiert wurde in diesem Zusammenhang eine „epochale Ausweitung solch lebensnotwendiger Industrien wie der chemischen, Maschinenbau- und

Schwerindustrie, gekoppelt mit einer ebenso bahnbrechenden Förderung der Wissenschaft sowie Rationalisierung der Produktion.“

„Asien den Asiaten”

Das Konzept der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre zielte im Innern auf die Umgestaltung von Staat, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, um für die bevorstehenden Kriegshandlungen in der Region gewappnet zu sein. Gleichzeitig berücksichtigte es den antikolonialen und antiimperialistischen Geist, der zahlreiche Länder Ost- und Südostasiens erfasst und zum Widerstand gegen die westlichen Kolonialmächte getrieben hatte. Diese Bestrebungen wurden in der griffigen und von einer panasiatischen Idee geleiteten Losung „Asien den Asiaten” zum Ausdruck gebracht. Schließlich war das Konzept der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre auch Teil der Strategie Tokios, im Westen die Allianz mit den faschistischen Regimes in Deutschland und Italien zu festigen, um:

a. in China den Rücken freizubekommen, wo sich Japans „Feldzug“ aufgrund der Zusammenarbeit zwischen Nationalisten und Kommunisten schwieriger und verlustreicher als ursprünglich angenommen erwies;
b. die Invasion des insularen und Kontinental-Südostasien vorzubereiten, um sich deren Bodenschätze anzueignen (beispielsweise Öl aus Niederländisch-Indien und Kautschuk aus Indochina) und die eigene Kriegsindustrie auszuweiten;
c. dort jene europäischen Kolonialmächte (England, Frankreich und die Niederlande) zu schwächen, die mittlerweile in Europa in den Krieg hineingezogen worden waren;
d. schließlich nach einem antizipierten Sieg der befreundeten deutschen Wehrmacht über die Truppen der Roten Armee von Zentralasien aus die gemeinsame Inbesitznahme des indischen Subkontinents zu besiegeln. In der Wehrmacht und gegen Kriegsende auch in der Waffen-SS war immerhin mit der Azad Hind Legion (auch als Legion Freies Indien oder Indische Legion bekannt) eine zirka 2.600 Mann starke Truppe integriert, die ihren Treueeid auf Adolf Hitler geleistet hatte. Doch statt jemals wieder indischen Boden zu betreten, wurden die Soldaten der Azad Hind Legion vor ihrer Gefangennahme durch britische Truppen in Deutschland zur Bekämpfung der französischen Résistance eingesetzt.

In Japan selbst stieß der Propagandarummel um die Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre auf keinen nennenswerten Protest oder Widerstand. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung konnte sich damit

identifizieren, stärkte dies doch die Binnensolidarität, den unerschütterlichen Glauben an die eigene herausragende Stellung in Asien und die Mission ihrer Regierung in der Region – nämlich einen von Japan dirigierten autarken Block asiatischer Nationen, frei von Einflüssen westlicher Mächte, zu schaffen. Entsprechend wurden die Invasionen der Kaiserlich-Japanischen Truppen in Ostasien, Südostasien und im Pazifik in Tokio als der Große Ostasiatische Krieg zur Befreiung Asiens vom Joch des europäischen und US-amerikanischen Kolonialismus bezeichnet.

Kernidee der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre war die ökonomische und politische Zurichtung der ost- und südostasiatischen sowie pazifischen Peripherien auf das japanische Zentrum hin. In dessen Sicht wähnte man sich als Mittelpunkt, sozusagen als Krone der Schöpfung von des Kaisers Gnaden und natürlicher „Führer der asiatischen Rassen“. Um dieses Zentrum herum sollten sich – in Form kleinerer und größerer konzentrischer Kreise – unterschiedliche Länder gruppieren, aus denen Tokio die für den Unterhalt seiner Kriegsmaschinerie benötigten Ressourcen bezog – von Bodenschätzen bis hin zu „Menschenmaterial“. Zum engsten Kreis zählten das östliche China, Korea und die Insel Formosa (Taiwan), die als Reiskammern Japans dienen sollten. Aus Korea wurden Arbeiter zwangsrekrutiert, die in japanischen Bergwerken, in der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie beim (Aus-)Bau von Straßen und Häfen eingesetzt wurden.

Ein größerer Kreis umfasste neben dem Kernland Chinas Kontinental-Südostasien (im Westen bis einschließlich Thailand) und mit den Philippinen und Indonesien das insulare Südostasien. Schließlich zählten zur äußeren Peripherie die pazifische Inselwelt (einschließlich Papua-Neuguinea und Nordaustralien) und der indische Subkontinent mit Birma (das heutige Myanmar) als Brücke zwischen Südost- und Südasien. Aus diesen Regionen sollten jeweils strategisch wichtige Rohstoffe (von Erdöl, Kupfer, Kautschuk und Bauxit bis hin zu Baumwolle und Zitrusfrüchten) bezogen werden, die sowohl zivilen wie militärischen Zwecken dienten und Japan befähigen sollten, sich gänzlich unabhängig vom Handel mit anderen Ländern und Regionen zu machen und Embargomaßnahmen des Westens zu unterlaufen. Gleichzeitig wollte sich Japan in diesen Regionen Absatzmärkte für seine Produkte und Land für Siedlungsprogramme sichern.

Frühere Idee eines „erstklassigen Landes“

Das Konzept der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre war

nicht grundlegend neu. Es knüpfte an Vorstellungen an, die bereits im späten 19. Jahrhundert entstanden und in den 1920er und 1930er Jahren verfeinert worden waren. Die Vorstellung, dass Japan „allen anderen asiatischen Rassen” kulturell überlegen sei, grassierte bereits im späten 19. Jahrhundert. Fukuzawa Yukichi (1835-1901) beispielsweise, einflussreicher Autor, politischer Theoretiker, Pädagoge und Gründer der renommierten Keio University, vertrat bereits in seiner 1882 veröffentlichten Schrift „Japans Mission in Asien“ die Idee einer asiatischen Leitkultur unter japanischer Führung, eine Idee, die vor allem nach Japans militärischem Sieg gegen Russland (1904/05) enormen Rückenwind erhalten hatte. Immerhin war es damit Japan erstmalig geglückt, eine westliche Macht in die Knie zu zwingen und damit seinen eigenen Führungsanspruch zu untermauern. In diese Zeit fiel auch die Gründung mehrerer ultranationalistischer Gruppierungen wie der Schwarzer-Drachen-Gesellschaft, die geheimdienstliche Tätigkeiten in Russland, den USA und einigen Ländern Südostasiens (z.B. im Süden der Philippinen) mit messianischem Sendungsbewusstsein „der einzigartigen, moralisch reinen, auf die Sonnengöttin Amaterasu zurückgehenden Yamato-(japanischen)Rasse“ und militärisch durchzusetzenden eigenen hegemonialen Ambitionen verknüpften.

Kolonialbesitz sah Japan als eine Vorbedingung dafür an, international Ansehen zu erlangen und in die Phalanx der „erstklassigen Länder“ (ittô koku) vorzustoßen. Doch in diesem Klub der Kolonialmächte spielte Japan allenfalls die zweite Geige. Tokio sah sich durch eine Reihe politischer Maßnahmen seitens des Westens in einer Weise behandelt, dass seine Diplomaten diese als eine Mischung aus Zwang, Demütigung und Provokation empfanden. 1919 war auf der Versailler Friedenskonferenz Japans Ansinnen, in das Regelwerk des Völkerbundes eine Klausel über die Rassengleichheit aufzunehmen, brüsk abgelehnt worden. Als es 1921-22 auf der Washingtoner Konferenz darum ging, in Marineverträgen die Höchstgrenze von Kriegsschiffen festzulegen, fühlte sich Tokio benachteiligt; es wurde eine Regelung im Verhältnis von 5:5:3 für die USA, Großbritannien und Japan getroffen. Und im Jahre 1924 wurde in den USA ein Gesetz erlassen, dass Japanern die Immigration in die Vereinigten Staaten verwehrte.

„Licht, Beschützer, Führer Asiens“

Alle diese Maßnahmen begünstigten in Japan eine Politik, die letztlich im Konzept der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre ihren Ausdruck fand. Um diese gegenüber den Nachbarn hoffähig zu machen, propagierte Tokio als eines seiner Ziele, den noch vom westlichen Kolonialismus unterdrückten Ländern beizustehen und ihnen zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Flankiert wurde dies von

einer offensiven AAA-Aktion, in der sich „das japanische Kaiserreich als Zentrum und Pionier der orientalischen Moral und des kulturellen Wiederaufbaus als Licht Asiens, Beschützer Asiens und Führer Asiens“ wähnte. Doch schon bald musste die Bevölkerung in den besetzten Ländern am eigenen Leib erfahren, wie wenig die Wirklichkeit der neuen japanischen Ordnung mit den hehren Idealen der Gemeinsamen Wohlstandssphäre gemein hatte.

Die von den Japanern in zahlreichen Ländern der Region eingesetzten lokalen Regierungen waren nicht unabhängig, sondern Marionettenregimes – vollkommen abhängig von der Gnade ihres neuen Herrn und der eigenen Bevölkerung entfremdet. In jenen Ländern zeigten die neuen Kolonialherren eine – streckenweise abgrundtiefe – Verachtung der lokalen Sitten, Bräuche und Glaubensvorstellungen und setzten eine umfassende „Japanisierung“ durch. Die Folge: Hunderttausende in den Ländern Ost- und Südostasiens wurden gefoltert, hingerichtet oder starben infolge von Zwangsarbeit. Die großspurig verkündete Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre entpuppte sich im Endeffekt als zumindest ebenso repressives Regime wie das des westlichen Imperialismus. Im September 1940 unterzeichnete Außenminister Matsuoka schließlich den Dreier- oder Antikominternpakt mit Deutschland und Italien, gefolgt von dem Russisch-Japanischen Neutralitätspakt ein Jahr später.

Titelbild: Ki young/shutterstock.com

Quellen & weiterführende Lektüre:

- Constantino, Renato (ed./1991): Southeast Asian Perceptions of Japan. Tokyo/Quezon City
- de Bary, William Theodore (2008): Sources of East Asian Tradition: The modern period. (Vol. 2). New York
- Dower, John W. (1986): War Without Mercy: Race and Power in the Pacific War. New York
- Ienaga, Saburo (1979): Pacific War, Nineteen Thirty-One to Nineteen Forty-Five: A Critical Perspective on Japan’s Role in World War 2. New York
- Korea Verband e.V. (Berlin/2019): koreaverband.de/trostfrauen/ & koreaverband.de/trostfrauen/zeitzeuginnen/

- Lebra, Joyce C. (1975). Japan’s Greater East Asia Co-Prosperity Sphere in World War II: Selected Readings and Documents. Oxford
- Rheinisches JournalistInnenbüro/recherche international e.V. (Hg./2005): „Unsere Opfer zählen nicht“ – Die Dritte im Zweiten Weltkrieg. Berlin/Hamburg (darin die Kapitel zu Asien & Ozeanien) & deutschlandfunk.de/unsere-opfer-zaehlen-nicht.704.de.html?dram:article_id=85618
- Saaler, Sven (2005): Politics, Memory and Public Opinion. The History Textbook Controversy and Japanese Society. München
- Saaler, Sven/Koschmann, J. Victor (eds./2007): Pan-Asianism in Modern Japanese History. London/ New York
- Sakaki, Alexandra (2019): Japan-Südkorea-Beziehungen auf Talfahrt – Mehr als »nur« eine Frage der Geschichte. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – SWP-Aktuell Nr. 42. Berlin swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A42_skk.pdf
- Selden, Mark/So, Alvin Y. (eds./2003): War and State Terrorism: The United States, Japan, and the Asia-Pacific in the Long Twentieth Century. Lanham
- Song, Du-Yul/Werning, Rainer (2012): Korea – Von der Kolonie zum geteilten Land. Wien
- The Korea Times (Seoul/2019) über aktuelle antijapanische Proteste in Südkorea: koreatimes.co.kr/www/nation/2019/08/281_273499.html & koreatimes.co.kr/www/nation/2019/08/281_273554.html
- Toland, John (1970): The Rising Sun: The Decline and Fall of the Japanese Empire 1936-1945. New York
- Werning, Rainer (2004 & 2005): freitag.de/autoren/der-freitag/trost-spenden-im-dienste-des-tenno & swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/swr2-wissen-arbeitssklaven-fuer-den-tenno/-/id=660374/did=1631316/nid=660374/19mxbjq/index.html
- Yun Kon-Ja (1985): aai.uni-hamburg.de/japan/personen/worm/medien/kagami-1987-1988/kagami-1987-88

-ein-koreanischer-blick-auf-japan-die-schulbuchaffaere-von-1982.pdf

- Zöllner, Reinhard (2017): Geschichte der japanisch-koreanischen Beziehungen: Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München sowie: kotoba.japankunde.de/?p=6607 & kotoba.japankunde.de/